

Werk und Zeit

Belegexemplar
siehe Seite 6

3

Monatszeitung
für Umweltgestaltung

Herausgeber
Deutscher Werkbund

25. Jahrgang, Heft 3
Bezugspreis 4,- DM
Postverlagsort Darmstadt

Mai/Juni 1976
1 F 220 70 F

aktuelle notizen

Fragwürdiger Schutz

Berlin. Denkmalschutzprobleme der Großstädte war das Thema des Europaratssymposium IV im Berliner Reichstag. Nach Aussage des zuständigen Europarats-Generalsekretärs **Georg Kahn-Ackermann** wurde durch das Europäische Denkmalschutzjahr 1975 die Politik der erhaltenden Erneuerung verfeinert und der Wunsch zur Fortsetzung der Diskussion um zukünftige Aspekte des Denkmalschutzes geweckt. Er vertrat weiterhin die Auffassung, daß die Problemstellung konkretisierend einzugrenzen und die Auseinandersetzung zwischen Wünschen nach Erhaltung historischer Substanz und nach neubauorientierter Stadtentwicklung eben an dem Objekt auszutragen sei, wo dieser Widerspruch am deutlichsten wird: in den Großstädten. Unklar blieb dabei, ob der status quo in verbesserter Form beibehalten werden soll, oder ob an jene Erhaltung durch Entwicklung im städtischen Bereich gedacht ist, für die sich der Werkbund immer eingesetzt hat. Angesichts der üblichen Praxis will das Vertrauen in verbale Bekundungen zum Thema Stadtsanierung nicht mehr so recht gelingen. *SI/W+Z*

In eigener Sache

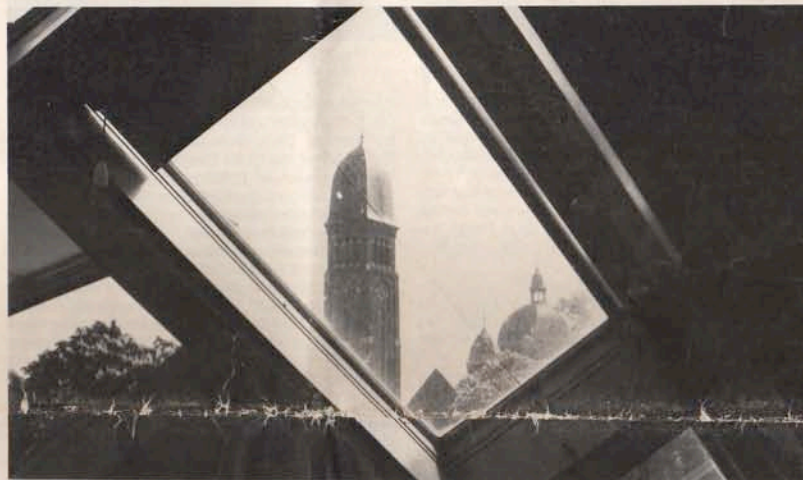
Berlin/Darmstadt. Nach genau vierjähriger Tätigkeit gibt der bisherige Redakteur der Werkbundschrift »Werk und Zeit«, **Dieter Beisel**, die Redaktion ab. **Dieter Beisel** hatte nach Philosophie- und Germanistikstudium sowie nach der Ausbildung zum Redakteur an einer Mannheimer Tageszeitung die Geschäftsführung des Werkbunds Baden-Württemberg übernommen. Gleichzeitig fiel ihm die Aufgabe zu, Öffentlichkeitsarbeit für den Werkbund e. V. in Darmstadt zu betreiben. Nachdem sich herausstellte, daß die beste Öffentlichkeitsarbeit, die der Werkbund betreibt, in der Redaktion der Werkbundschrift »Werk und Zeit« besteht, wurde **Dieter Beisel** die Redaktion dieser Zeitschrift übertragen. Er löste dabei die kommissarische Redaktion unter **Erich Wenzel** und **Erwin H. Zander** ab, die nach dem Zurücktreten von **Wend Fischer**, **Schmidt-Rost** und **Hans Schwippert** für das Erscheinen der Zeitschrift in vorbildlicher Weise gesorgt hatten. Bis auf Weiteres tritt an die Stelle der Redaktion durch **Dieter Beisel** das Drei-Redaktionsteam **Michael Andritzky**, **Roland Günter** und **Erwin H. Zander**. Redaktionsassistentin wird von der Geschäftsführerin des Werkbunds Baden-Württemberg, **Gilla Timmermann**, geleistet. Die nächste Ausgabe von »Werk und Zeit« wird bereits von diesem Team getragen werden. Der bisherige Redakteur und das neue Redaktionsteam bitten, alle Zuschriften und Anfragen an die Adresse des Deutschen Werkbunds e. V. in 6100 Darmstadt, Alexandraweg 26, Tel. 06151/46434 zu richten. *W+Z*

Neue Chancen?

Stuttgart/Bonn. Die »Deutsche Zeitung« berichtet, daß sich die Fachleute darüber einig sind, »daß die städtebauliche Funktion älterer Stadtteile den gewachsenen sozialen Strukturen nur dann gerecht werden kann, wenn »neben dem notwendigen Neubau die Masse der älteren Bausubstanz ohne den ständigen Blick auf den spitzen Griffel modernisiert wird und damit bestehen bleibt.« Selbst die »Deutsche Zeitung« vertritt die Auffassung, daß mit dem »rechnerischen Ausgleich zwischen den Zahlen der Wohnungen und Haushaltungen ... für die Wohnungs- und Städtebaupolitik keine neue Situation« in einem zukunftsorientierten Sinne erreicht werden konnte. *dps*

Orte für Menschen

Günter Bock: Architekturtheorie und zivilisatorischer Hintergrund



Retten uns »neue« Wohnformen?

Foto: W+Z

Die Architektur, ihre Theorie und das Selbstverständnis der Planenden sind in Turbulenzen geraten, die so heftig und tiefgreifend seit den zwanziger Jahren nicht mehr zu verzeichnen waren. Die Radikalität des sich anbahnenden Frontwechsels scheint indessen das Einzige zu sein, was an die »heroische Phase« der Architektur erinnert.

Damals traten einige Fachleute als Protagonisten einer intellektuellen, asketischen Heilslehre von der »reinen Form« ihrer symbol- und ornamentfreudigen Mittelwelt leidenschaftlich entgegen und setzten in einem jahrzehntelangen Kulturkampf, der keineswegs ohne politische Aspekte war (und in dem der Werkbund, aber auch die Gesamtheit der Architekten, eine durchaus »gesellschaftsverändernde« Rolle spielte), eine anspruchsvoll-puristische Attitüde durch, die zunächst für die kulturelle Intelligenz, dann für Architektur und Design verbindlich wurde, die aber eine gegenläufige Subkultur stets hinnehmen mußte, und im »psychologischen Zeitalter« der Gegenwart schließlich ihr Waterloo erlebte. Heute kommt Widerstand und neue Initiative von den Bürgern. Die Architekten sind angeklagt – wie alle »Profis« und Experten. Eine wachsende Skepsis hat die Menschen erfaßt: sowohl gegenüber der inhärenten Fähigkeit großer Bürokratien, Institutionen und Infrastrukturen, das leisten zu können, wofür sie eingerichtet wurden, als auch gegenüber der Motivation der Führungskräfte und Experten.

Bündelung der Syndrome

Nahrungsmittel, die Gift transportieren, Schulen, die kaputt machen, und Krankenhäuser, die man mit Krankheiten verläßt, die man vorher gar nicht hatte, haben den Begriff der »Kontar-Produktivität« (*Ivan Illich*) hervorgebracht. Ein Effekt, der augenscheinlich mit der wachsenden Größe von Institutionen zu tun hat, die für den Einzelnen oder auch für eine gesellschaftliche Gruppierung nicht mehr überschaubar sind. Daher ist die Anklage der »gesellschaftlichen Verhältnisse« immer zugleich auch eine Klage über den Verlust bzw. die Verunmöglichung der eigenen Erlebnisfähigkeit. Die Anklage ist nicht ohne Resonanz geblieben. Weniger noch in Deutschland. Aber in Holland und den angelsächsischen Ländern, ist sie auf fruchtbaren architekturtheoretischen Boden gefallen. In diesen Ländern findet man es natürlich, daß die Sinnesänderungen der

Architekten nicht aus eigenem Antrieb oder Einfällen kommen, sondern Antwort auf äußere Anstöße sind, wie sie aus Wissenschaft (auch Geisteswissenschaft), Technik, Wirtschaft oder Gesellschaft kommen. Man kann sich dabei berufen auf die Pioniere des neuen Bauens am Anfang dieses Jahrhunderts, die sich ebenfalls von äußeren Anstößen aus den genannten Bereichen haben leiten lassen und eben dadurch in Konflikt mit der etablierten Architektur-Auffassung gerieten. Der Frontwechsel in der Architektur darf nicht vorgestellt werden als die Schwenkung einer gut gedrillten Truppe. Es handelt sich eher um das Abbröckeln von kleinen Gruppen, die sich aus der monolithischen Starre der Einheitslehre lösen. Umso wichtiger ist es, daß die Versuche, die neuen Richtungen in der Architektur zu verstehen und zu erklären, zu den wahren Wurzeln vordringen, aus denen die verschiedenen, manchmal widerspruchsvollen und oft täuschenden Trends kommen. Denn die Verwirrung ist tief, aber die Beweggründe sind elementar.

Das ökologische Syndrom

Nicht nur die urbanistischen Utopien der 50er Jahre, sondern das Denken der Architekten, Planer und Techniker der letzten Jahrzehnte überhaupt, basierten auf der Vorstellung sowohl von der Unerschöpflichkeit der natürlichen Ressourcen, als auch von der Richtigkeit und Weiterführbarkeit der »Rationalisierung« durch großtechnologische, zentristische Produktionsoptimierung. Beides wird durch die ökologische Krise schlimm getroffen. Die den Verantwortlichen offensichtlich aus dem Ruder gelaufene bauliche Entwicklung der großen Städte, ihre Funktions-Entmischung, Verkehrsmaximierung, Bodenspekulation, Wohnraumvernichtung usw. liefert sicherlich eines der prominentesten Beispiele von Konterproduktivität. Leistungsgesellschaft und Konsumgesellschaft haben unseren ideellen Wertgefügen sonderbare Verzerrun-

Inhalt

Günter Bock Orte für Menschen	1/2
Lucius Burckhardt Zeichen der Zeit	3
Jürgen Pahl Chance der Gestalt?	4
Peter Steiger Der Energie-Schock	5
Thomas Schregenberg Der Tod einer Siedlung	6
Wilhelm Hofmann Hausbau und dergleichen	7
D. B./Fridhelm Klein Wohnen im Neubau-Quartier	7
Julius Posener Walter Rossow Zwischen Kunst und Industrie	8
Carlfried Mutschler Max Bäcker Erich Wenzel Verkümmerte Sinne	8/10

Das Firmen-Portrait

Dieter Beisel Gestaltung als Auftrag	9
---	---

Das Werkbund-Archiv

Sonja Günther Gute Form und soziales Gewissen	11
---	----

Rubriken

Bücher für W+Z-Leser	10
-------------------------	----

Nachrichten

aktuelle notizen	1
notizen und hinweise	12
termine	12

Zum Thema

Mit dieser Ausgabe versuchen wir eine Kritik der einseitigen Ablehnung der Stadtentwicklung, wie sie in den letzten Jahren geschehen ist. Dabei werden die negativen Entwicklungen keineswegs herabgemildert. Vielmehr soll gezeigt werden, daß daneben sowohl bei der Bewahrung des Altbaubestandes wie beim Erfinden neuer Wohnformen und neuer Technologien positive Ansätze denkbar und möglich sind. Vielleicht kann auf diese Weise einer falschen Polarisierung zwischen Stadtplanern und Stadtkritikern entgegengewirkt werden. *d. Red.*

Finanzierung

Um einen sozialen Ausgleich zu erwirken, erhob die Stadt Frankfurt von den Hausbesitzern, da sie von der Inflation nicht betroffen waren, eine Hauszinssteuer. 66,25 Millionen Mark, die zwischen 1924 und 1929 durch die Hauszinssteuer einfließen, wurden durch sogenannte Hauszinssteuerrhypotheken für den sozialen Wohnungsbau wieder ausgegeben. So bildete die Hauszinssteuerrhypothek, die zu 3 Prozent, in einer gewissen Übergangszeit sogar nur zu 1 Prozent verzinslich war, das eigentliche Rückgrat der Finanzierung. Die Verteilung an Private und Genossenschaften erfolgte unter dem Gesichtspunkt, daß die Hauszinssteuer nicht zu gewerblicher Bereicherung Einzelner dienen dürfe. Infolgedessen dürfen Private nur insoweit berücksichtigt werden, als sie Hauszinssteuermittel zur Abdeckung ihres eigenen Wohnbedarfs in Anspruch nahmen. Im übrigen war der gemeinnützige Wohnungsbau zu bevorzugen.

Der Tod einer Siedlung

Die Pioniere und ihre Erben – Das Frankfurter Beispiel Hellerhof



Die Hellerhof-Siedlung von Mart Stam in Frankfurt

Foto: Paul King

Eine Zeile der umstrittenen Laubenganghäuser der Frankfurter Hellerhof-Siedlung ist Ende April abgerissen worden. Eine zweite Zeile, schon lange entmietet und entsprechend heruntergekommen, soll dank Protesten aus dem In- und Ausland erhalten bleiben. Weiter werden Teile der Siedlung in sogenannt »altengerechte« Wohnungen umgebaut. Was waren Ernst Mays und Mart Stams Ideen, die sie in der Hellerhof-Siedlung verwirklichten?

Die Zwanziger Jahre waren geprägt durch soziale Probleme, die nach dem verlorenen Krieg und nach der Geldentwertung 1923 zur Lösung drängten. Es galt vor allem, mit dem sozialen Wohnungsbau die Menschen aus ihren Steinschluchten und Slums der Großstädte zu befreien, die größtenteils baulich schlecht organisiert, mit licht- und luftarmen Hinterhöfen ausgestattet, und außerdem meist hoffnungslos überbelegt waren. Mays erste Aufgabe war es, aufgrund des statistisch erfaßten Wohnungsbedarfs ein auf zehn Jahre berechnetes Wohnungsbauprogramm aufzustellen. »Es galt«, so schrieb May in die stadteigene Zeitung »Das Neue Frankfurt«, »nicht nur die Folge des Stillstandes der Bautätigkeit in der Kriegs- und Nachkriegszeit auszugleichen, sondern auch den Mehrbedarf an Wohnungen, der durch Neugründungen von Familien infolge der stark angestiegenen Heiratsziffern, sowie durch Zuwanderung Auswärtiger entstanden war, zu befriedigen.« Die Privatwirtschaft war außer Stande, einen rentablen Wohnungsbau zu betreiben, da zwei Umstände die Finanzierung erschwerten. Die Baukosten waren gegenüber 1914 um 140–190 Prozent der Vertriebskosten gestiegen. Hinzu kam eine Steigerung der Zinskosten von 200–250 Prozent der Vorkriegszinssätze.

May sollte in kürzester Zeit mit dem kleinstmöglichen finanziellen Aufwand menschenwürdigen Wohnraum für Minderbemittelte schaffen. Er erstellte einen Generalplan. Im Prinzip der »aufgelockerten Stadterweiterung« projektierte er zwei- bis viergeschossige Trabantenstädte, die er im Nordwesten des Stadtgebietes, im Halbkreis, dem Stadtkern umgab. »Die Idee des Generalplans war es«, so Herbert Böhm, einer seiner engsten Mitarbeiter, »daß ein zusammenhängendes, wohl-durchdachtes Netz von Grünflächen und Grünbändern die ganze Stadt durchziehen soll, so daß die Wohngebiete gleichsam zu Inseln in einem Geäder von grünen Nutz- und Erholungsflächen werden.« Die Durchführung systematischer Städtebauarbeit setzt eine zielbewußte Bodenpolitik voraus,« schrieb May in »Das Neue Frankfurt«. Die Bodenpreise waren damals außerordentlich hoch. Im äußeren Stadtgebiet, also in der Gegend der Trabanten-siedlungen, war der Kaufpreis ca. 15 Mark pro m². Da der Weg der Umlegung zu langwierig schien, und ein freier Verkauf zu angemessenem Preis nicht immer möglich war, wurde das benötigte Baugelände zum Teil aufgrund der Behebungsverordnung enteignet. Das Gericht setzte den Bodenpreis auf durchschnittlich 3,50 Mark pro m² fest. (Zur Finanzierung vgl. die Bemerkun-

gen in der Randspalte). Das Wohnungsprogramm konnte schon 1926 erweitert werden, indem statt der in Aussicht genommenen 1 200 Wohnungen rund 2 200 erbaut wurden, während 1927 statt 1 400 vorgesehenen 2 865 Wohneinheiten gebaut werden konnten. So erfreulich an sich die Steigerung der Bautätigkeit über die Programmziele hinaus auch sein mochte, so stellte sich doch heraus, daß die Wohnungsnot nicht in dem Tempo abflaute, wie man es sich erhofft hatte. Weiter bemerkte man, daß trotz idealer Finanzierung, rationellem Bauen und kleinsten Bodenpreisen die Mieten von 60–70 Mark für einen Lohnarbeiter, der einen Wochenlohn von durchschnittlich 36 Mark hatte, zu hoch waren. Es wurden Kleinstwohnungen ins Bauprogramm aufgenommen, weil man sah, daß tragbarere Mieten unter Beibehaltung der Wohnungsgrößen ausgeschlossen waren. May berief Mart Stam nach Frankfurt, ein holländischer Architekt, damals 28 Jahre alt, der schon bei der Weißenhofsiedlung mit dabei war. Die Aufgabe, die er sich in Stuttgart gestellt hatte, formulierte er folgendermaßen: »Für Leute mit kleinstem Einkommen soll gesorgt werden. Um dies zu ermöglichen, muß man zu einem gedrängten Haustyp kommen. Man muß lernen, auf den repräsentativen Charakter zu verzichten, muß sich daran gewöhnen, Menschen nach anderen Maßstäben zu bewerten als nach breiten Hausprofilen und kostbaren Materialien. Man muß diese Ansprüche einschränken, hat demgegenüber aber das Recht, für das ausgegebene Geld ein Höchstmaß an Brauchbarkeit und Bequemlichkeit zu fordern.«

Vom Wohnwert zur Wohnungsverwertung

»Für Leute mit kleinstem Einkommen« baute Mart Stam zwischen 1929 und 1931 die Hellerhofsiedlung im Frankfurter Gallusviertel. In überzeugender Weise ist ihm seine eigene Forderung gelungen: »Brauchbarkeit und Bequemlichkeit für wenig Geld.« Durch optimale Grundrißorganisation, durch sinnvolle Überlagerung verschiedener Nutzungsbereiche und genaue Funktionsstudien für die Nebenräume wie Flur, Bad und Küche, schuf er kleine Wohnungen von seltener Qualität. Die Anordnung der Räume ist, z. B. bei den Laubengangtypen, so konzipiert, daß das 13 m² große Wohnzimmer durch Öffnen der breiten Küchenschiebetüre und durch die dem Wohnzimmer vorgelagerte 6 m² große Loggia erweitert und visuell vergrößert wird. Im Flur sind Schränke eingebaut, die nicht nur Raumgewinne für die übrigen Bereiche bedeuten, sondern die »hohe« Verkehrsfläche in einen zusätzlichen Gebrauchsraum verwandeln. Die kommunikationsfreundlichen Laubengänge, die auch als Kinderspielfläche benutzt werden, die Ladenecken, die als Elemente der Versorgung, Belegung und Orientierung funktionieren, die Grünflächen vor und zwischen den Häuserzeilen, dies alles erhöhte die Wohnqualität. Die »gemeinnützige« städtische Gesellschaft »Hellerhof AG«, der die Pioniertat von 1929 zu treuen Händen anvertraut wurde, will heute die Siedlung »sanieren«. Sie beauftragte die Wohnungsbaugenossenschaft »Nassauische Heimstätte«, um einen Teil der Siedlung in sogenannte »altengerechte« Wohnungen zu verwandeln. Vor allem wurde eine Zeile der Laubenganghäuser am Kopfende der Siedlung abgerissen, um Platz zu schaffen für den dreistöckigen Bau einer Sozialstation.

Rationelles Bauen

Durch Zusammenfassung zahlreicher Wohnungen in Groß-Siedlungen wurde rationelles Bauen ermöglicht. Die wichtigste Arbeit, die hierfür zu leisten war, bestand in der Schaffung von Grundrißtypen, um dieselben Normalelemente verwenden zu können. Damals wurden viele Bauteile normiert und fabrikmäßig hergestellt. Fenster, Rollläden, Lüftungslügel, Außen- und Innentüren, Türrahmen, Beschläge, Küchenelemente, Schränke, Flachdachteile etc. Auch für Öfen und Sitzbadewannen wurden neue eigene Modelle entwickelt. In Zusammenarbeit mit zwei Frankfurter Firmen entwickelte man ein Plattenbauverfahren. Mit diesen 20 cm starken Betonplatten, die mit Kranen auf den Baustellen versetzt wurden, gelang es, ein Haus mit 70 m² Wohnfläche, mit Keller, Erd- und Obergeschoß, einschließlich der Decken, durch eine achtzehnköpfige Belegschaft in 1½ Tagen im Rohbau fertigzustellen. Th. Sch.

Unter dem Vorwand der Sanierung . . .

Im Sinne der Altbau-Modernisierung waren zwei Musterwohnungen hergerichtet worden. Um den Forderungen für »altengerechte« Wohnungen im Sinne der geltenden Vorschriften zu genügen und die verlockenden Zuschüsse zu kassieren, waren die beiden länglichen, gut funktionierenden Badezimmer zu quadratischen umgebaut worden. Man nimmt den aufwendigen Umbau und die grundräßlichen Nachteile in Kauf, um einen privaten Waschautomaten zu plazieren, der, wie statistisch feststeht, immer weniger benutzt wird. Die Küchen, jetzt fliesenbelegt aber ohne Einbauschränke, taugen für ein Rentnerhepaar weit weniger als die alten, gut funktionierenden »Frankfurter Küchen«. Sonst ist, nebst Seidenglanztapeten und einem Zieraus aus lasiertem Holz vor der Tür, der entwerfenden »Nassauischen Heimstätte« nichts eingefallen. Es reicht ja auch, um von überall her Zuschüsse zu kriegen. Für Altbau-Modernisierung bekommt sie vom Bund und Land 20 000 DM pro Wohnung. Vom Land Hessen kann sie für Instandsetzungsarbeiten ein Darlehen von 10 000 DM pro Wohnung zu einem Zinssatz von 2 Prozent anfordern. Die Rückzahlung beträgt ganze 6 Prozent. Auch fließen Gelder für »altengerechte« Wohnungen. Trotz Zuschüssen der öffentlichen Hand darf die Hellerhof AG die Mieten um 14 Prozent der Modernisierungskosten erhöhen.

Bei einer Miete von 180 DM und Umbaukosten von 20 000 DM pro Wohnung ergibt dies eine Mietsteigerung von über 100 Prozent.

Auch hier springen Bund und Land helfend ein. Damit sich die Bewohner leichter an die neuen Mieten gewöhnen, übernehmen sie während der ersten 9 Jahre Teile davon. Da aber für Rentner, die zu zweit mit 600 DM monatlich auskommen müssen, die Mieten dennoch zu hoch sind, wird von der Hellerhof AG auf Wohnzu-

schüsse der öffentlichen Hand hingewiesen. Der große Gewinner bei der Modernisierung ist die Hellerhof AG. Das zeigt sich auch beim Neubau der Sozialstation, wo vor kurzem noch die Laubenganghäuser standen. Die Bewohner, die zum Teil schon über 40 Jahre in diesen billigen Wohnungen lebten, wurden ausquartiert. Der »soziale Zweck« kann Einzug halten. Auf demselben Gelände werden aber auch wieder 2-Zimmer-Wohnungen erstellt. Für Neubauten erhält die Hellerhof AG nämlich von Bund und Land zwecks Konjunkturförderung 7,5 Prozent der Investitionskosten, für »altengerechte« Wohnungen vom Land Hessen 55 000 DM pro Wohnung. Auch die Stadt Frankfurt will helfen. Sie fördert die altengerechten Wohnungen mit nochmals bis zu 30 000 DM pro Wohnung.

So werden billige Rentnerwohnungen, deren die Stadt laut eigener Untersuchung auf Jahre hinaus viel zu wenig hat, umgewandelt in teure Appartements mit dem Werbesiegel »altengerecht«.

Die Mieter wurden nicht befragt, sie bekamen eine Informationsbroschüre, die ihnen auf plumpe Weise die Sanierung schmackhaft machen soll. Dort ist unter anderem zu lesen: »Ihre Wohnung wird ein halbes Jahrhundert oder noch älter sein. Sie sind mit dieser Wohnung, die einmal modern war, alt geworden. Deshalb ist sie Ihnen gut genug. Ist sie es wirklich? Haben Sie nicht schon einmal bei Bekannten oder Ihren Kindern angesichts einer neuen Wohnung so manches für gut befunden oder gar bewundert? Warum sollten auch Sie nicht fortschrittlich denken?« So werden beim Mieter ineffektive Bedürfnisse geweckt, um jene der anfänglich gemeinnützigen, heute aber kapitalorientierten Hellerhof AG zu decken. In der Krise der 20er Jahre engagierte sich die Sozialdemokratische Partei für ein menschenwürdiges Leben

Die Verschleuderung des benutzbaren städtebaulichen Erbes ist – allen Denkmalschutzjahren und allen verbalen Bekundungen zum Trotz – im vollen Gange. Das Beispiel der Frankfurter Hellerhof-Siedlung ist hier stellvertretend für einen bundesweiten Trend, die Bauwirtschaft auf Kosten des städtebaulichen Erbes an den Segnungen der Konjunktur teilhaben zu lassen. So erreicht uns mitten im Umbruch die Meldung, daß Teile der Rheinpreußensiedlung in Duisburg/Homburg – eine Bergmannsiedlung, die in ihren Wohnqualitäten etwa der Siedlung Oberhausen-Eisenheim entspricht – aufgrund von »höheren« Verwertungsinteressen abgerissen werden sollten. Der Schutz historischen und benutzbaren Erbes erweist sich hier als verbaler Putz. Die Bürgerinitiative Rheinpreußensiedlung in 4100 Duisburg 17/Homburg, Eisenstraße 26 m, ist für Solidaritätsschreiben zur Erhaltung der Siedlung dankbar. d. Red.

der Minderbemittelten. Es scheint, daß in der Krise der 70er Jahre dieselbe Partei, die sich auch sozial nennt, eher das Kapital stützt, jedenfalls soweit es ihr »nahe steht«. Die Folgen ihrer Politik versucht sie, um den Wählern zu genügen, im nachhinein aufzufangen.

Die heute einzige Möglichkeit, eine Siedlung wie Hellerhof zu erhalten, ist es, sie unter Denkmalschutz zu stellen, was auch zum Teil gemacht wurde. »Und das ist wohl«, so schrieb Helene Rahms in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, »das paradoxeste Mißverständnis, das Mart Stam, wenn er es noch erfährt, schlucken muß: Daß ein Teil seiner Siedlung aus stilistischer Pietät überlebt, von der er selbst als Pionier der neuen Architektur nichts hielt, und ein anderer, um des teuren Scheins willen, den praktischen Nutzwert einbüßt, von dem er alles hielt.«

Thomas Schregenberger